

Christoph Butterwegge

Garanten eines ruhigen Gewissens trotz Ausgrenzung von und Gewalt gegen Migrant(inn)en

Über die Rolle von Kulturrassismus und Standortnationalismus beim Bau der Wohlstandsfestung (West-)Europa

Was seit geraumer Zeit unter dem (Tot-)Schlagwort „Globalisierung“ eher mythologisiert als erklärt wird, beeinflusst die weltweite Migration und die Integration von Zuwanderern ganz entscheidend (vgl. Butterwegge/Hentges 2003). Durch das neoliberale Konzept des „Standortwettbewerbs“ als Triebkraft bedingt, spitzen sich die Weltmarktbeziehungen, die Verteilungskämpfe zwischen Einheimischen und Ausländern, wie man die Migrant(inn)en hierzulande immer noch nennt, sowie die im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit noch sozial abgefederten Interessengegensätze zwischen gut oder besser situierten und subalternen Bevölkerungsschichten stark zu (vgl. hierzu: Butterwegge 2005).

Politik, Wissenschaft und Publizistik im Kampf um den richtigen Begriff: „Ausländerfeindlichkeit“, „Xenophobie“ oder „Rassismus“?

In der Bundesrepublik spricht man überwiegend von „Ausländerfeindlichkeit“, um Ressentiments gegenüber Bürger(inne)n anderer Nationalität zu charakterisieren. Kritiker/innen meiden das Wort, weil sein erster Teil irreführend und sein zweiter Teil verharmlosend ist. „Ausländerfeindlichkeit“ betrifft weder *alle* Ausländer noch Ausländer/innen *allein*: Schweizer Bankiers, Skandinavier und weiße US-Amerikanerinnen leiden nicht darunter; Afrodeutschen, z.B. den sog. Besatzungskindern, wiederum nützt es im Konfliktfall wenig, einen Bundespersonalausweis zu besitzen. Zudem wird das Phänomen zum Problem einzelner Deutscher im Umgang mit Nichtdeutschen umgedeutet, obwohl es gesellschaftlich bedingt und politisch erzeugt ist.

„*Fremdenfeindlichkeit*“ ist noch unschärfer und missverständlicher, weil dieser Begriff den Eindruck erweckt, dass es sich um „natürliche“ Bedürfnisse der Abwehr von Menschen handelt, die „nicht von hier“ sind. Es stellt sich jedoch die Frage, wodurch jemand zum Fremden wird und warum Menschen abgelehnt, benachteiligt oder erniedrigt werden, die man kennt oder gut zu kennen glaubt, gerade weil sie vielleicht schon seit Generationen in der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen. Obwohl ihn Hans Magnus Enzensberger (1993, S. 13) für eine „anthropologische Konstante“ hält, gibt es *allgemeinen*

„Fremdenhass“ nicht, sondern nur die Aus- und Abgrenzung von *bestimmten* Gruppen, die dafür als „Fremde“ konstruiert werden.

In dem eng verwandten Begriff „Xenophobie“ wird ein Kausalzusammenhang zwischen Furcht und Fremdenfeindlichkeit hergestellt, womit sich zuweilen die Behauptung verbindet, gemeint sei etwas Natürliches und biologisch Vorgegebenes, also nicht etwa sozial Gelerntes und Veränderbares (vgl. Fritzsche 1995, S. 165 f.). Bedenklich stimmt auch, dass selbst von erklärten Gegnern rassistischer Übergriffe im letzten Jahrzehnt nicht mehr so viel von „den/dem Fremden“ gesprochen worden ist (vgl. Hoffmann 1994, S. 53), wodurch man Ausgrenzungsprozesse unterstützt hat, denen bestimmte Gruppen seither verstärkt unterliegen.

„Rassismus“ bezeichnet im Unterschied zu den oben genannten Begriffen ein gesellschaftliches Macht- und Gewaltverhältnis (institutioneller bzw. struktureller Rassismus), eine Weltanschauung, die soziale Rangunterschiede zwischen Menschengruppen pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen sucht (intellektueller Rassismus) sowie Vorurteile eines Großteils der Bevölkerung gegenüber ethnischen Minderheiten (individueller bzw. Alltagsrassismus). Während der Rassismus die – biologische bzw. kulturelle – Differenz betont und damit in letzter Konsequenz den Ausschluss, die Ausgrenzung oder gar Ausmerzung „der Anderen“ verlangt, hält der Ethnozentrismus die eigene Überlegenheit für ein zu vermittelndes Gut und neigt eher zur Assimilation anderer Völker bzw. „Volksgruppen“ (vgl. Zerger 1997, S. 91).

Weder ist der Rassismus neuartig, also ein Konstrukt ohne historische Vorläufer, noch handelt es sich bloß um die Verlängerung uralter Phänomene, wie etwa Stammesdünkel und Xenophobie. „Von der Existenz einer rassistischen Einstellung oder Ideologie kann man sprechen, wenn Differenzen, die sonst als ethnokulturelle betrachtet werden, für angeboren, unauslöschlich und unveränderbar erklärt werden.“ (Frederickson 2004, S. 13) „Rassismus“ darf aber nicht zu einem Allerweltsbegriff werden, der Diskriminierungen, Benachteiligungen und Vorurteile jeder Art umfasst. Christian Delacampagne (2005, S. 7 f.) entleert in seiner „Geschichte des Rassismus“ diesen Terminus so weit, dass selbst die Abneigung gegenüber Rauchern mit der Begründung als „Rassismus“ bezeichnet wird, es handle sich um den „Hass auf den anderen, weil er anders ist“.

„Rassismus“ ist ein Gattungsbegriff für Haltungen und Handlungen, durch die Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder phänotypischer Merkmale wie Hautfarbe, Gesichtsform oder Körperbau

in Großgruppen („Rassen“) eingeteilt, deren Mitgliedern bestimmte Charaktereigenschaften, Fähigkeit und Fertigkeiten zu- oder abgesprochen werden, was scheinbar rechtfertigt, sie gegenüber anderen zu bevorzugen bzw. zu benachteiligen. Dass man ihnen unterschiedliche Rechte und Ressourcen zubilligt, führt im Extremfall bis zur Aussonderung, Ausweisung oder „Ausrottung“. Auf diese Weise wird die Existenz eigener Privilegien bzw. der Anspruch darauf legitimiert, das Gleichheitsgebot als Ausdruck universeller Menschenrechte hingegen negiert. Erfolge feiert der Rassismus, wenn Wirtschaftskrisen, gesellschaftliche Umbrüche und Katastrophen zur Verschärfung von Verteilungskonflikten führen.

Wer bei Gruppen von Menschen somatische Unterschiede (der Haut- und Haarfarbe, Physiognomie, Gesichtsform o.Ä.) feststellt, ist deshalb zwar noch kein Rassist, selbst dann nicht, wenn er sie als „Rassen“ bezeichnet, obwohl dieser Terminus durch inhumane Methoden seiner Hauptprotagonisten (Schädelmessungen) und den unter Bezugnahme darauf begangenen NS-Völkermord diskreditiert und denkbar ungeeignet ist, eine sachliche Diskussion zu ermöglichen. Rassismus beginnt vielmehr dort, wo somatische Merkmale oder kulturelle Spezifika einer Großgruppe so mit deren „inneren Werten“ in Verbindung gebracht werden, dass man den Gruppenmitgliedern die Möglichkeit zur Entwicklung ihrer eigenen Persönlichkeit abspricht.

Geschichte und theoretische Grundlagen des Rassismus

Die Vorgeschichte des Rassismus reicht bis zur Herausbildung der indischen Kastengesellschaft um das Jahr 1500 v. Chr. zurück (vgl. Geiss 1989, S. 49). Im antiken Griechenland waren (als Sklaven gehaltene) Barbaren nicht etwa „rassisch“ Minderwertige, sondern zivilisatorisch Zurückgebliebene. Die Geburtsstunde des modernen Rassismus/Antisemitismus schlug vor einem halben Jahrtausend: 1492 wurden die Juden – zusammen mit den Muslimen – nach der Reconquista (Rückeroberung Andalusiens durch die Christen) aus Spanien vertrieben; mit der Entdeckung/Eroberung Amerikas einige Monate später war nicht nur die Durchsetzung einer neuen Weltordnung, sondern auch die Notwendigkeit verbunden, koloniale Ausbeutung, Versklavung und Ausrottung fremder Völker zu rechtfertigen. Was lag näher, als Indios und Afrikaner/innen, die sich durch ihre Hautfarbe von den weißen Kolonialherren unterschieden, für „minderwertig“ gegenüber diesen Herrenmenschen zu erklären?

Die moderne Rassenlehre kann man als Reaktion auf die Große Französische Revolution von 1789 begreifen: Joseph Arthur Comte de Gobineau interpretierte den Niedergang seines adligen Standes

gegen Mitte des 19. Jahrhunderts als eine Form der rassistischen Degeneration und prophezeite, die „Vermischung des Blutes“ unterschiedlicher Rassen werde zum Aussterben der Menschheit führen (vgl. Claussen 1994, S. 27 ff.). Houston Stewart Chamberlain und sein Schwiegervater Richard Wagner schufen, ganz vom Sozialdarwinismus ihrer Zeit geprägt, mit dem Germanenkult und dem Ariermythos wichtige Anknüpfungspunkte für den Nationalsozialismus (vgl. dazu: Mendlewitsch 1988, S. 18 ff./51 ff.).

Schwer hatte es der Rassismus nach 1945, weil er durch den Holocaust bzw. die Shoah diskreditiert war, aber auch im Kalten Krieg den weltpolitischen Einfluss seiner Heimatländer nicht gerade zu mehren vermochte. „Im Wettlauf mit der Sowjetunion um ‚die Herzen und Köpfe‘ der Afrikaner und Asiaten in den unabhängig gewordenen Staaten wurde die rassistische Ideologie und Praxis als eine nationale Belastung empfunden, die strategische Konsequenzen haben konnte.“ (Frederickson 2004, S. 11) Um sich wieder vom „Geruch der Gaskammern“ zu befreien, kehrte man alsbald zu einer früheren Erscheinungsform des Rassismus zurück: Der „differenzialistische“, *Neo-* bzw. *Kultur*rassismus (vgl. dazu: Taguieff 1991) unterscheidet sich zwar insofern vom traditionellen, biologistisch begründeten *Kolonial*rassismus, als vordergründig keine Hierarchie der „Menschenrassen“ entsteht. Die angeblich kulturell bedingte Fremdheit zwischen Ethnien ersetzt die Höher- bzw. Minderwertigkeit der offenbar nicht mehr für zeitgemäß gehaltenen Rassen. „Ethnopluralismus“ bezeichnet das neurechte Postulat, die verschiedenen Volksgruppen (im Sinne einer weltweit geltenden Apartheid) unter dem Vorwand voneinander zu trennen, man wolle gerade ihre Eigenarten, Traditionen und Kulturgüter erhalten. Bewohner der Entwicklungsländer werden ihrer Bildung bzw. Kultur nach als der abendländischen Hochindustrie nicht gewachsen bezeichnet. Scheinbar ergreift man sogar Partei für die ethnischen Minoritäten, wenn deren Integration mit dem vorgeschobenen Argument abgelehnt wird, dass diese ihrer Liquidation als Volk/Volksgruppe gleichkomme.

Dass sich die Erscheinungsformen des Rassismus in jüngster Zeit verändert haben, beruht auf seinem Funktionswandel: Legitimiert wird heutzutage nicht mehr eine kolonialistische Politik der Expansion von Großmächten nach Übersee, sondern die Abwehr ihrer durch Arbeitsmigrant(inn)en, Armuts- bzw. Ökoflüchtlinge aus der sog. Dritten Welt personifizierten Folgen mit Hilfe verschärfter Asylgesetze, technisch perfektionierter Grenzkontrollen und Abschottung der „Wohlfahrtsfestung“ (West-)Europa (vgl. hierzu: Butterwegge 1993). Der differenzialistische Rassismus erleichtert es den Herrschenden, zwischen Migrant(inn)en nach dem Grad ihrer volkswirtschaftlichen Nützlichkeit zu differenzieren. „Ausgehend von kulturalistischen Unterscheidungskriterien scheint die Welt eine ganze Palette von

Menschenkategorien unterteilt, die mehr oder weniger verwertbar und mehr oder weniger bedrohlich für den Wirtschaftsstandort sind.“ (Morgenstern 2005, S. 177)

Rivalität erzeugt Brutalität: Rassismus als Resultat und ideologischer Ausdruck der Konkurrenz

Selbst renommierte Fachwissenschaftler verwechseln vielfach den Auslöser rassistischer Gewalt – die Zuwanderung von Arbeitsmigranten, Aussiedlern und Flüchtlingen – mit ihrer Ursache (vgl. Willems u.a. 1998, S. 212). Werner Bergmann (1994, S. 184) wähte Versuche zur „Protestmobilisierung von rechts“ in eine soziokulturelle Bewegung münden zu sehen, die sich aus der „Erfahrung von Fremdheit im Zuge massenhafter Migrationsprozesse“ speise. Der Konstanzer Soziologe Jens Alber (1995, S. 64) macht dagegen zu Recht die etablierten Parteien und Politiker für die mangelnde Akzeptanz von Migrant(inn)en verantwortlich: „Ausländerfeindliche Einstellungen wachsen nicht automatisch auf der Basis von Zuwanderung, sondern entstehen in einem politischen Klima, zu dem die politischen Eliten ganz wesentlich beitragen.“

Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, die das Problem sog. Randgruppen zuschieben und die Verantwortung der sog. Mitte leugnen (vgl. hierzu: Butterwegge 2002, S. 101 ff.), können nicht überzeugen. Rassistisch motivierte Gewalttaten jugendlicher Skinheads sind nicht gegen das bestehende Wirtschaftssystem oder die Staatsmacht gerichtet, wenngleich etwa Polizisten als deren Repräsentanten manchmal zu Hassobjekten und Angriffszielen werden. Vielmehr orientieren sich Rechtsextremisten an etablierten Leitwerten und den Grundnormen der Gesellschaft: „Wir haben es demnach nicht mit einer Jugendrevolte oder einer neuen antiautoritären Bewegung zu tun, sondern ganz im Gegenteil mit einem Aufstand derer, die ihre Ansprüche an die Gesellschaft anmelden wollen und dabei bereit sind, *ihre* Gesellschaft ‚territorial‘ und ‚personell‘ abzusichern.“ (Bukow 1996, S. 34)

Stereotype gelten als Inbegriff des Rassismus (vgl. dazu: Zick 1997), bilden aber mitnichten seinen eigentlichen Kern. Vielmehr sind rassistische Denk- und Handlungsweisen weniger eine Sache der persönlichen Einstellung als der staatlichen Politik und gesellschaftlicher Exklusionsmechanismen. Sondergesetze für und behördliche Willkürmaßnahmen gegen Migrant(inn)en, etwa den Inländerprimat in der Arbeitsmarktpolitik oder die „Residenzpflicht“ für Asylbewerber/innen (vgl. dazu: Stoffels 2002), kann man „institutionellen Rassismus“ nennen. Die strukturelle Benachteiligung ethnischer Minderheiten spiegelt sich primär in einer Ausländer- und Asylgesetzgebung wider, die Nichtdeutsche zu Menschen „zweiter Klasse“ stempelt: „Mit dem Begriff des institutionellen Rassismus verschiebt

sich die Suche nach rassistischen Dispositionen der Individuen auf die Frage nach gesellschaftlich organisierten bzw. institutionalisierten Diskriminierungen bestimmter Menschengruppen, so daß sich die einzelnen in Anpassung an die bestehenden Normen oder Anforderungen an diesen Diskriminierungen beteiligen, ohne sich unbedingt dessen bewußt zu sein oder dies zu beabsichtigen.“ (Osterkamp 1996, S. 201)

Wie der institutionelle und der Alltagsrassismus miteinander verschränkt sind, liegt noch weitgehend im Dunkeln. Georg Auernheimer ist diesem Problem nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch, mittels ausgedehnter Feldstudien im Rahmen der ethnografischen Schulforschung (vgl. Auernheimer u.a. 1996) auf den Grund gegangen und gibt in seinen Arbeiten wichtige Fingerzeige, wenn er den *Doppelcharakter* des Rassismus als persönliches Stereotyp und als Strukturelement der Gesellschaft betont. In dieser Hinsicht nimmt die Schule eine Art Scharnierfunktion wahr, weil sie rassistische Strukturen reproduziert, aber auch rassistische Ressentiments in die Köpfe junger Menschen hinein transportiert. Den zuletzt genannten Aspekt macht Auernheimer (2003, S. 84 ff.) zum Dreh- und Angelpunkt einer Interkulturellen Pädagogik, die sich weder primär an die Migrant(inn)en richtet noch bei der rein rationalen Widerlegung ethnischer Vorurteile stehen bleibt. Vielmehr versteht er die „multikulturelle Gesellschaft“ als normatives Konzept, das Eingriffsmöglichkeiten für die politische Bildung eröffnet und sich nutzen lässt, um in aufklärererischer Absicht kritische Reflexions- und Erkenntnisprozesse anzustoßen (vgl. Auernheimer 1999, S. 60).

Vor allem hat Georg Auernheimer immer wieder sehr eindringlich auf die Verantwortung von Schule, Lehrer(inne)n und Unterricht für die Erzeugung bzw. Verfestigung rassistischer Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen hingewiesen, ja sogar von einem „heimlichen Lehrplan‘ des Rassismus“ (Auernheimer 2005) gesprochen. Er analysiert die Strukturdefizite des *deutschen* Bildungssystems und kommt zu folgendem Resultat: „Unser Schulsystem begünstigt ein rassistisches Weltbild.“ (ebd.) Was erst durch PISA einer breiteren Öffentlichkeit bewusst wurde, die soziale Selektivität des hiesigen Bildungssystems, hat Auernheimer hinsichtlich der multiplen Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund lange vorher festgestellt und nicht zuletzt mit der Forderung beantwortet, die defizitorientierte „Ausländer-“ durch eine Interkulturelle Pädagogik zu ersetzen. In der Diskussion über das miserable Abschneiden der Bundesrepublik bei internationalen Schulleistungsvergleichen wird aber fast nur erörtert, wie man bessere Ranglistenplätze für das eigene Land erreichen kann, ohne dass die Mehrgliedrigkeit des Sekundarbereichs ins Kreuzfeuer der Kritik gerät. Wenn die Schulstruktur neben den Bildungschancen von Kindern auch deren Disposition für rassistisches Denken beeinflusst,

muss die Strukturfrage gestellt werden, um ihn zurückdrängen zu können. „Gesamtschulsysteme erhöhen bei sehr ungleichen Startbedingungen die Chancengleichheit, sind der sozialen Integration förderlicher und deshalb einer Einwanderungsgesellschaft adäquat.“ (Auernheimer 2001, S. 47)

Von der Vaterlandsverteidigung zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes: Nationalismus und die „deutsche Identität“ im Wandel

Rassismus lässt sich zwar in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückführen, aber nicht darauf reduzieren, denn Brutalität gegenüber (ethnischen) Minderheiten erzeugt die ökonomische Rivalität nur, wenn ein geistiger Nährboden dafür existiert. Folglich bildet die Konkurrenz als strukturelle Verfasstheit einer Marktgesellschaft, nicht etwa als persönliche Rivalität zwischen Einheimischen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt, eine notwendige, jedoch keineswegs hinreichende Bedingung für die Existenz rassistischer Gewalt. Hier liegt auch ein Grund dafür, dass Rassismus in Wirtschaftskrisen besonders gedeiht, ohne sich zwangsläufig durchzusetzen, wenn der Gesellschaft ein konjunktureller Abschwung oder historischer Niedergang droht. Vielmehr bedarf es politisch-kultureller Traditionen, die dafür sorgen, dass keine anderen, etwa demokratisch-sozialistische Deutungsmuster, dominant werden, damit eine Krisensituation mittels rassistischer Kategorien erklärt bzw. kollektiv „verarbeitet“ wird.

Die hegemonialen Traditionslinien der politischen Kultur in Deutschland, ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, eine Fixierung auf den Staat (Etatismus) und die Obrigkeit (Untertanenmentalität), Konformismus und Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum rechtlichen Formalismus sowie die preußische Ordnungsliebe und eine Schwäche der Männer für militärische Disziplin (vgl. dazu: Sontheimer 1991; Bergem 1993; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993), gipfeln in einem Nationalismus, der von der Reichsgründung 1871 bis zum Untergang des NS-Regimes 1945 besonders aggressiv war, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), stark von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, unter Rückgriff auf Waffengewalt versuchte, einen „Platz an der Sonne“ – dies meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen.

Nach der Wiedervereinigung (3. Oktober 1990) und dem Beschluss des Bundestages, den Sitz der Regierung wie des Parlaments von Bonn nach Berlin zu verlegen (20. Juni 1991), stieg die Zahl der Gewalttaten gegenüber Angehörigen ethnischer Minderheiten drastisch. Höhepunkte der rassistischen

Exzesse bildeten die pogromartigen Übergriffe im sächsischen Hoyerswerda (September 1991) und in Rostock-Lichtenhagen (August 1992). Brandanschläge auf von Türk(inn)en bewohnte Häuser in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993) zeigten, dass neben Asylbewerber(inne)n auch Arbeitsmigrant(inn)en, die bereits seit Generationen in Deutschland leben, zu Objekten des Hasses geworden und keineswegs bloß *ostdeutsche* Jugendliche zur brutalen Gewalt übergegangen waren.

Seit der Vereinigung von BRD und DDR hat der Nationalismus wieder Hochkonjunktur, obwohl er keine Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen gibt (vgl. dazu: Gessenharter 1997). Durch den Triumph des Kapitalismus im Wettkampf der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme bekamen jene Kräfte spürbar Auftrieb, denen „das Nationale“ mehr als „das Soziale“ am Herzen lag. Obwohl die REPublikaner, die DVU und die NPD von dem „Jahrhundertereignis“ sehr viel weniger profitierten als die Unionsparteien mit Helmut Kohl als gefeiertem „Kanzler der Einheit“, fühlten sich jene als Sieger der Geschichte, die nach „Mitteldeutschland“ nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reiches „heimholen“ wollten.

Die 1991/92 kampagnenartig zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert (vgl. Söllner 1993; Prantl 1994). Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD avisiert, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich in Deutschland auf das Abstammungsprinzip stützt, bis zum Frühjahr 1999 aus, und beschränkte sich auch nach dem Kanzlerwechsel von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder auf den „Doppelpass“ für in der Bundesrepublik geborene Kinder von Migrant(inn)en, wofür die Unterschriftenaktion der Union mit verantwortlich war. Andreas Klärner (2000, S. 144) resümiert mit Blick auf die Stimmung an den Unterschriftenständen, „daß sich im Diskurs über die doppelte Staatsbürgerschaft deutlich völkische und rassistische Positionen artikuliert haben. Diese sind aus dem rechtsextremistischen (Gegen-)Diskurs in den hegemonialen Diskurs eingedrungen.“ Inhaltlich gibt es weiterhin einen deutschen Sonderweg sowie eine Verspätung in der Rezeption von gegen den völkischen Nationalismus und Rassismus gerichteten Denkströmungen. „Trotz aller in der Bundesrepublik erfolgten Angleichung an die westliche politische Kultur scheint eine zentrale Kategorie noch nicht heimisch geworden: die der republikanischen Staatsbürgeration.“ (Schoch 1996, S. 53)

Von der Asyldiskussion führte ein gerader Weg zur Standortdebatte, die das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus bildete. Das verbreitete Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer „Welt von Feinden“ gegenüberzustehen und die wirtschaftsimperiale Überlegenheit des eigenen Volkes durch Erfindungsgeist, größeren Fleiß und Opferbereitschaft unter Beweis stellen zu müssen, nenne ich „Standortnationalismus“. Mit der breit angelegten Diskussion über „Globalisierung“ und davon ausgehende Gefährdungen des „Industriestandortes Deutschland“ suchten Unternehmer, ihre Verbände, marktradikale Politiker und liberalkonservative Publizisten den „Kampf aller gegen alle“ populär zu machen. Gleichzeitig wurde der wirtschaftliche Wettbewerb zum Allheilmittel erklärt, das die Beschäftigungskrise lösen, den Staatshaushalt konsolidieren und die Sozialsysteme kurieren sollte. Wenn statt einer konsequenten Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und -armut die Sicherung des Standortes im Mittelpunkt der Regierungspolitik steht, ist Konkurrenzfähigkeit der strategische Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne negative Rückwirkungen auf das soziale Klima bleibt: „Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.“ (Schäfer 1993, S. 88)

Bei der neudeutschen Ideologie, die fast alle Gesellschaftsbereiche durchdringt, handelt es sich nicht um jenen „klassischen“ Deutschnationalismus, der im Kaiserreich parteiförmig organisiert war und auch von einflussreichen Kräften neben den Parteien, etwa dem Deutschen Flottenverein oder dem Alldeutschen Verband mit seiner Parole „Deutschland den Deutschen“ (vgl. Hering 2003), propagiert wurde, oder um einen aufgeklärten Wilhelminismus, vielmehr um eine modernisierte Variante des völkischen Bewusstseins, die auf eine verschärfte Weltmarktkonkurrenz reagiert. Heute ist die totale Identifikation der Deutschen mit ihrer Nation wieder ausdrücklich erwünscht, geht es doch darum, im Wettkampf mit anderen „Wirtschaftsstandorten“ alle Kräfte zu mobilisieren. Bis zu den Talkshows und den Sportnachrichten dominiert die Botschaft, dass man auf Leistungen *deutscher* Eliten, handle es sich nun um geniale Erfinder, Firmengründer, Rennfahrer oder Fußballer, stolz sein und ihnen auf dem eigenen Tätigkeitsfeld nacheifern soll. „Privatinitiative“, unbedingter Leistungswille und Verzicht der Bürger/innen auf ihre „sozialen Besitzstände“ sind nun einmal notwendig, um auf den Weltmärkten bestehen zu können.

Thematisiert der Neorassismus die kulturelle Differenz, so verabsolutiert der Standortnationalismus die ökonomische Konkurrenz und postuliert einen alle Parteien übergreifenden Konsens im Wirtschafts- und Sozialbereich, der Konflikte mit (gewerkschaftlichen) Verbandsinteressen bzw. Gruppenegoismen

nicht aus-, sondern gerade einschließt. In einer Krisen- und Umbruchsituation wie der gegenwärtigen ertönt nicht nur der Ruf rechtsextremer Randalierer nach einem „starken Mann“. Neoliberalen und Lobbyisten dauern die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einer föderalen Demokratie viel zu lange, weshalb sie eine grundlegende Verfassungsrevision befürworten (vgl. Darnstädt 2004). Hier zeigt sich die enge Affinität zwischen Neoliberalismus, Marktradikalismus und Rechtspopulismus.

Je mehr soziale Ungleichheit die Regierungspolitik unter Berufung auf Zwänge des ökonomischen Globalisierungsprozesses durch „Sparoperationen“ einerseits und systematische Begünstigung von Kapitaleigentümern (Abschaffung der Vermögen- und Gewerbesteuer; mehrfache Senkung der Körperschaftsteuer) andererseits produzierte, um so eher griffen Ideologien der Ungleichheit um sich. Durch die enge Verbindung von (Kultur-)Rassismus und (Standort-)Nationalismus entstand ein hoch explosives Gemisch, das fast zwangsläufig Übergriffe gegenüber Zuwanderern nach sich zog. „In einer Situation, in der das ‚ganze Volk‘ angehalten wird, ‚den Gürtel enger zu schnallen‘, liegt es auf den Stammtischen, daß ‚Fremde‘, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. ‚Deutsch sein‘ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.“ (Radtko 1996, S. 14)

Rückwirkungen des Rechtsextremismus auf die politische Kultur: Ethnisierung der Gesellschaft – „Kulturalisierung“ der Politik – Entpolitisierung sozialer Konflikte

Gegen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre gewann die Ethnizität in der Bundesrepublik spürbar an Bedeutung. Wolf-Dietrich Bukow (1990, S. 425) begreift die Ethnisierung als einen gesellschaftlich inszenierten Vorgang: „Es handelt sich um eine (...) soziogenerative Strategie zur Bereitstellung von gesellschaftlich-praktischen wie politisch-symbolischen Verfügungspotentialen.“ Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die „kulturelle Identität“; dahinter stecken aber meist Konflikte um knappe gesellschaftliche Ressourcen. Gewalt gegenüber (ethnischen) Minderheiten wird leichter zur Normalität, wenn sich die Verteilungsspielräume einer Marktwirtschaft verengen oder wenn dieser Eindruck – vielleicht sogar trotz wachsenden Bruttoinlandsproduktes und Wohlstandes – innerhalb der Mehrheitsgesellschaft entsteht. Verteilungskämpfe werden zu Abwehrgefechten gegen „die Fremden“ und interkulturellen Konflikten hochstilisiert, wenn ausgrenzend-aggressive Töne in der politischen Kultur eines Landes die Oberhand gewinnen.

Jeder Ethnisierungsprozess hat zwei Seiten: Zunächst erfolgt eine Stigmatisierung „der Anderen“; mit der Konstituierung/Konturierung einer nationalen bzw. „Volksgemeinschaft“ sind allerdings weiter reichende Ziele verbunden. Neorassismus und Standortnationalismus gehen eine Symbiose ein. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine „Kulturalisierung“ der Politik, die nicht mehr auf materielle *Interessen* zurückgeführt, sondern im Kern auf die Wahrung kollektiver *Identitäten* reduziert wird, was zur Entpolitisierung gesellschaftlicher Konflikte beiträgt. „Die konkurrierenden ‚Standortgemeinschaften‘ machen das Ethnische zur Grundlage einer vorgeblichen ‚Solidarität‘, und die ‚Herausgefallenen‘ werden mittels ethnisch-kultureller Stigmata ausgeschlossen.“ (Terkessidis 1995, S. 286)

Die deutsche „Globalisierungshysterie“, fußend auf der neoliberalen Hegemonie, die den Sozialstaat bedroht (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1998; Butterwegge u.a. 1999), begünstigt Ausgrenzung und Gewalt gegenüber Migrant(inn)en: „Die Marktchancen für rechtsextreme Gesellschaftsentwürfe sind insofern günstig. Als Reaktion auf Globalisierungssängste werden sie nationalistisch sein, als Reaktion auf die westliche liberale Weltgesellschaft autoritär, dies auch schon der eigenen Tradition wegen, und neu inspiriert durch die westliche Konkurrenzideologie sozialdarwinistisch.“ (Welzk 1998, S. 42)

Ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mehr sein möchte, verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet den Resonanzboden für Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Rückt die Konkurrenz in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen, so lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz relativ leicht politisch aufladen. Wenn international renommierte Wissenschaftler von einem „Kampf der Kulturen“ (Samuel P. Huntington) oder einem „Krieg der Zivilisationen“ (Bassam Tibi) sprechen, wundert es nicht, dass deutsche Jugendliche zur Gewalt gegenüber Fremden greifen, die sie als Konkurrenten um Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze, Wohnungen und Sexualpartnerinnen empfinden.

Der moderne Rassismus ist eng mit dem Zuwanderungsdiskurs, d.h. der Art und Weise verbunden, wie man über Migration und Integration spricht bzw. schreibt (vgl. dazu: Morgenstern 2002). Auch der Demografie-Diskurs über das „aussterbende Volk“ der Deutschen und die Debatten über „deutsche Leitkultur“ und den Nationalstolz lieferten Steilvorlagen für Rechtsextremisten (vgl. Butterwegge u.a. 2002). Neonazis und andere Rechtsextremisten berufen sich häufig auf rassistische und nationalistische Positionen der Mitte, um seriöser zu erscheinen. Umgekehrt greift diese zunehmend Problemstellungen

auf, die zuerst nur in ultrarechten Kreisen erörtert worden sind, weshalb es immer mehr Überlappungen bzw. ideologische Schnittmengen zwischen der Rechten und der Mitte gibt. Hier wie dort erscheint Migration primär als Belastung und – verstärkt seit dem 11. September 2001 – als Bedrohung, was zu einer Gleichsetzung von Islam, Islamismus, religiösem Fundamentalismus und Terrorismus beiträgt.

Das erst nach einem jahrelangen Gezerre zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie CDU/CSU verabschiedete und am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungs(begrenzungs)gesetz gibt wenig Anlass zu der Hoffnung, dass aus der Bundesrepublik als „Einwanderungsland wider Willen“ ein Staat wird, welcher Migration im Zeichen der Globalisierung als Normalität akzeptiert. Ulrich Beck (1997, S. 154) hält Tendenzen zu Abschottung, religiöser Intoleranz und Xenophobie für *Schattenseiten* der Globalisierung, hebt aber gleichzeitig die *Chancen* der grundlegend veränderten Kräftekonstellationen hervor: „Wenn die Ambivalenzen der Weltgesellschaft am Ort konfliktvoll aufbrechen, ist das kein Zeichen des Scheiterns ‚multikultureller Gesellschaftsexperimente‘, sondern möglicherweise Zeichen des Beginns einer neuen Gesellschaftsepoche, in der transnationale, transkulturelle Lebensformen Normalität werden.“ Mit der Globalisierung wird die multikulturelle Gesellschaft im Grunde von einer Utopie zur unabweisbaren Realität, an der auch Rassisten nicht mehr einfach vorbeisehen können, die sie jedoch gerade deshalb noch energischer und fanatischer bekämpfen.

Literatur

Alber, Jens (1995): Zur Erklärung von Ausländerfeindlichkeit in Deutschland, in: Ekkehard Mochmann/Uta Gerhardt (Hg.), Gewalt in Deutschland. Soziale Befunde und Deutungslinien, München, S. 39-68

Auernheimer, Georg/Blumenthal, Viktor von/Stübig, Heinz/Willmann, Bodo (1996): Interkulturelle Erziehung im Schulalltag. Fallstudien zum Umgang von Schulen mit der multikulturellen Situation, Münster/New York

Auernheimer, Georg (1999): Interkulturelle Bildung als politische Bildung, in: Politisches Lernen 3-4, S. 57-71

Auernheimer, Georg (2001): Anforderungen an das Bildungssystem und die Schulen in der Einwanderungsgesellschaft, in: ders. (Hg.), Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen, Opladen, S. 45-58

Auernheimer, Georg (2003): Einführung in die Interkulturelle Pädagogik, 3. Aufl. Darmstadt

Auernheimer, Georg (2005): Unser Bildungssystem – für die Einwanderungsgesellschaft dysfunktional, <http://www.uni-koeln.de/ew-fak/paedagogik/interkulturelle/publikationen/bildungssystem.html>, 17.2.

- Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung?, 3. Aufl. Frankfurt am Main
- Bergem, Wolfgang (1993): Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland, Mit einem Vorwort von Kurt Sontheimer, Opladen
- Bergmann, Werner (1994): Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben, in: ders./Rainer Erb (Hg.), Neonazismus und rechte Subkultur, Berlin, S. 183-207
- Bukow, Wolf-Dietrich (1990): Soziogenese ethnischer Minoritäten, in: Das Argument 181, S. 423-426
- Bukow, Wolf-Dietrich (1996): Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen
- Butterwegge, Christoph (1993): Der Funktionswandel des Rassismus und die Erfolge des Rechtsextremismus, in: ders./Siegfried Jäger (Hg.), Rassismus in Europa, 3. Aufl. Köln, S. 181-199
- Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin
- Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hg., 1999): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden
- Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien
- Butterwegge, Christoph/Cremer, Janine/Häusler, Alexander/Hentges, Gudrun/Pfeiffer, Thomas/Reißlandt, Carolin/Salzborn, Samuel (2002): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg., 2003): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen
- Butterwegge, Christoph (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden
- Claussen, Detlev (1994): Was heißt Rassismus?, Darmstadt
- Darnstädt, Thomas (2004): Die Konsensfalle. Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München
- Delacampagne, Christian (2005): Die Geschichte des Rassismus, Düsseldorf/Zürich
- Enzensberger, Hans Magnus (1993): Die Große Wanderung. Dreiunddreißig Markierungen, 6. Aufl. Frankfurt am Main
- Frederickson, George M. (2004): Rassismus. Ein historischer Abriß, Hamburg
- Fritzsche, K. Peter (1995): Bürger im Streß – eine Erklärung der Xenophobie, in: Verantwortung in einer unübersichtlichen Welt. Aufgaben wertorientierter politischer Bildung. Referate und Diskussionsergebnisse des Bundeskongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung vom 10. bis 12. März 1994 in Erfurt, Bonn (Schriftenreihe, Bd. 331), S. 165-182

- Geiss, Imanuel (1989): Geschichte des Rassismus, 2. Aufl. Frankfurt am Main
- Gessenharter, Wolfgang (1997): Herausforderungen zur Jahrtausendwende: Kann „Nation“ die Antwort sein?, in: Christoph Butterwegge (Hg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Mit einem Vorwort von Ignatz Bubis, Baden-Baden, S. 141-171
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (1993): Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München/Leipzig
- Hering, Rainer (2003): Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam
- Hoffmann, Lutz (1994): Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge – Aktualität und Entstehungsgeschichte, Köln
- Huntington, Samuel P. (1996): Der Kampf der Kulturen (The Clash of Civilizations). Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien
- Klärner, Andreas (2000): Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Köln
- Mendlewitsch, Doris (1988): Volk und Heil. Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert, Rheda-Wiedenbrück
- Morgenstern, Christine (2002): Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg
- Morgenstern, Christine (2005): Rassismus im Neoliberalismus, in: Christina Kaindl (Hg.), Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus, Marburg, S. 163-179
- Osterkamp, Ute (1996): Rassismus als Selbstentmächtigung. Texte aus dem Arbeitszusammenhang des Projektes Rassismus/Diskriminierung, Mit einer Einleitung von Klaus Holzkamp, Berlin/Hamburg
- Prantl, Heribert (1994): Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien
- Radtke, Frank-Olaf (1996): Fremde und Allzufremde. Der Prozeß der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hg.), Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt, Bonn, S. 7-17
- Schäfer, Gert (1993): Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Wolfgang Kreutzberger u.a., Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main, S. 78-93

Schoch, Bruno (1996): Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Berthold Meyer (Red.), Eine Welt oder Chaos?, Frankfurt am Main, S. 47-89

Söllner, Alfons (1993): Asylpolitik im „deutschen Frühling“. Eine zeitgeschichtliche Momentaufnahme, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hg.), Europa gegen den Rest der Welt?, Flüchtlingsbewegungen – Einwanderung – Asylpolitik, Köln, S. 127-144

Sontheimer, Kurt (1991): Deutschlands Politische Kultur, 2. Aufl. München/Zürich

Stoffels, Michael (2002): „Residenzpflicht“. Zur Tradition einer rassistischen Auflage für Ausländer, in: Margarete Jäger/Heiko Kauffmann (Hg.), Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland, Duisburg, S. 69-76

Terkessidis, Mark (1995): Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte, Köln

Tibi, Bassam (1998): Krieg der Zivilisationen. Politik zwischen Vernunft und Fundamentalismus, 3. Aufl. Hamburg

Taguieff, Pierre-André (1991): Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Uli Bielefeld (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg, S. 221-268

Welzk, Stefan (1998): Globalisierung und Neofaschismus, in: Kursbuch 134, S. 37-47

Willems, Helmut/Stefanie Würtz/Roland Eckert (1998): Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: Roland Eckert (Hg.), Wiederkehr des „Volksgeistes“? – Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung, Opladen, S. 195-214.

Zerger, Johannes (1997): Was ist Rassismus? – Eine Einführung, Göttingen

Zick, Andreas (1997): Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse, Münster 1997